



So wird aus der nächsten Krise keine Katastrophe

Politik und Wissenschaft liegen sich in dieser Pandemie in den Haaren. Was muss sich ändern?

Von [Elia Blülle](#), [Marie-José Kolly](#) (Text) und Stuart Patience (Illustration), 10.03.2021

Stellen Sie sich vor: Wir schreiben das Jahr 2031, und die Murmeltiere in den Schweizer Alpen verwandeln sich in zähnefletschende Monster.

Sie verlieren ihre Scheu und pfeifen pausenlos wie undichte Teekessel. Die Bartgeier fliegen krächzend davon, sobald sie braunes Fell erspähen. Kein Wunder: Vor kurzem erwischte ein Bauer ein Murmeltier mit einem Habicht zwischen den Zähnen.

Wanderer berichten von Murmeltieren, die eben noch tot auf dem Boden lagen und im nächsten Moment wieder auferstanden, als hätten sie einen Zaubertrank getrunken. Zeitungen schreiben von Wanderern, die gebissen wurden und mit blutrot unterlaufenen Pupillen ins Koma fielen. Poli-

kerinnen fordern, dass die Tiere gekeult werden. Aber die Jäger können den wild gewordenen Murmeltieren nichts anhaben. Einmal angeschossen, drehen die Tiere erst richtig auf, stürzen sich furchtlos auf die Schützen und hinterlassen nur Knochen.

Der Bundesrat mahnt zur Ruhe und verhängt eine Ausgangssperre in allen Alpenregionen. Die Wissenschaftlerinnen stehen vor einem Rätsel. Was geht hier vor?

Das Szenario der Zombie-Murmeltier-Apokalypse ist reichlich absurd. Aber als Gedankenexperiment taugt es. Denn die Politik wird immer wieder mit Krisen konfrontiert, die unerwartet auftauchen und sofortige Reaktionen erfordern.

Zum Beispiel: mutierte Murmeltiere.

Oder, realistischer: eine globale Pandemie.

Die alten Eidgenossen gewannen die Schlacht am Morgarten nicht aufgrund ihrer kriegerischen Überlegenheit, sondern weil sie das Terrain am Ägerisee viel besser kannten als die berittenen Habsburger. Und viele Historiker gehen davon aus, dass die Alliierten am D-Day die Nazis deshalb so erfolgreich überrennen konnten, weil sie Hitler während Jahren mit Desinformation gefüttert hatten. Er glaubte bis zuletzt, die Truppen würden in Norwegen einfallen.

Je besser informiert die Politik in Notfällen Entscheidungen trifft, desto besser sind sie.

Während der Covid-Pandemie konnten von Anfang an alle live mitverfolgen, was passiert, wenn für Entscheidungen die nötigen Informationen fehlen: In der Schweiz dauerte es viel zu lange, bis Erkenntnisse aus den Laboren und Universitäten vor den aufmerksamen Augen der Entscheidungsträgerinnen lagen. Zur Wirksamkeit von Masken, zum Ansteckungsrisiko an der freien Luft, zur Gefahr für Kinder oder zur Rolle von Aerosolen. Und den Behörden mangelte es an passenden Prozessen und Technologien. Die Leitung zwischen der Politik und der Wissenschaft war verrostet. Die Verbindung ruckelte. Und der Bundesrat kroch teilweise blind durchs Chaos.

Und wie reagierte das Parlament? Es wollte der Wissenschaft einen Maulkorb verpassen.

Was muss sich ändern, damit Politikerinnen und Behörden in einer nächsten Krise auf die Expertise der Wissenschaftler zurückgreifen und sie optimal nutzen können? Und die Schweiz im Ernstfall sogar mit einer Zombie-Murmeltier-Apokalypse fertig würde?

Mehr Wissenschaftler im Politbetrieb

«Lies die verdammte Gebrauchsanleitung», sagt Marcel Salathé, lacht und streckt ein Handbuch zur Schweizer Politik in die Laptop-Kamera. «Ich bin zwar kein Freund von 950-seitigen Büchern, aber ich muss jetzt lernen, wie dieses ganze System funktioniert.»

Der Epidemiologe mit den grau melierten Haaren erlangte vor einem Jahr unvermittelte Berühmtheit. Plötzlich klingelte sein Telefon ununterbrochen. Sogar die SVP klopfte an und lud ihn nach Bern ein, mit der Bitte, an einer Fraktionssitzung die «Coronavirus-Situation» zu erklären.

Doch so freundlich, wie Salathé im Frühling auf den SBB-Plakaten lächelte, war er längst nicht immer: Wie kaum ein anderer konfrontierte er die Regierung mit ihren Unzulänglichkeiten. «In diesen Wochen ist mein Vertrauen in die Politik erschüttert», schrieb Salathé etwa im März auf Twitter, nachdem klar geworden war, wie unvorbereitet die Schweiz in die Pandemie geschlittert war. «Nach der Aufarbeitung (...) wird kein politischer Stein auf dem anderen bleiben.»

Nun beginnt Salathé, die Steine umzuschichten. Vor gut zwei Wochen trat er aus der wissenschaftlichen Taskforce des Bundes aus. Er will nicht mehr länger nur beraten, sondern auch selber mitprägen. Salathé gründete gemeinsam mit Gleichgesinnten eine neue Organisation, die sich CH++ nennt.

Die Schweiz habe die Digitalisierung verschlafen, sind die Wissenschaftler und Aktivistinnen überzeugt. Das habe sich in der Pandemie gerächt. Während die Wissenschaft in den Laboratorien Daten mit modernsten Technologien modellierte und die weltweit erste dezentrale App zur Kontaktnachverfolgung entwickelte, sammelte der Bund die Zahlen mit Faxgeräten zusammen. «Technologien und Wissenschaften sind schon lange Bestandteil unseres Alltags», sagt Salathé im Gespräch mit der Republik. «Umso erstaunlicher, dass diese Kompetenzen immer noch selten ihren Weg in die Politik finden.»

Der Graben zwischen dem, was die Wissenschaft weiss, und dem, was die Politik daraus macht, klappt häufig auseinander. Um das zu ändern, wollen Salathé und seine Mitstreiterinnen wissenschafts- und technologieaffine Menschen motivieren, ihre Kompetenzen in die Politik zu tragen – wie damals in den 80er-Jahren, als nach dem Atomunfall in Tschernobyl zahlreiche Umweltaktivistinnen in die Politik drängten.

Ein Anliegen, das der ehemalige FDP-Ständerat Felix Gutzwiller unterstützt. Das Schweizer Parlament sei – im Gegensatz zu den Sonntagsreden vieler Politiker – nicht besonders wissenschaftsfreundlich, sagt er im Gespräch mit der Republik. So wählten die Stimmbürgerinnen in den vergangenen Legislaturperioden jedes Mal mehr Landwirte in den Nationalrat als Wissenschaftlerinnen und Technologen.

Gutzwiller war 16 Jahre lang einer der wenigen hauptberuflichen Wissenschaftler im Parlament. Der Mediziner hat in Harvard studiert und forschte später an verschiedenen Schweizer Universitäten. 2015 trat er aus dem Ständerat zurück. Sein Fazit nach einem halben Leben in der Politik: «Die Schweiz – und so ist es nicht überall – kennt überhaupt keine Kultur der Zusammenarbeit von Politik und Wissenschaft.»

Wie schwer die beiden Domänen zu vereinen sind, hat die Corona-Pandemie deutlich gezeigt. Kaum hingen in der Schweiz die ersten Covid-Patienten an Beatmungsgeräten, begann das Gezeter. Es gab Unstimmigkeiten, Konflikte fanden ihren Weg in die Medien. Wissenschaftler fühlten sich ungehört; die Behörden angegriffen.

Für Gutzwiller war es die Fortsetzung von dem, was er in den Jahren zuvor als Parlamentarier erlebt hatte. Wissenschaftler und Politikerinnen lebten in zwei dramatisch verschiedenen Welten, sagt er. «Das erschwert die Kooperation.»

Wenn Politiker entscheiden, orientieren sie sich an Ideologien und Strategien. Sie müssen Kompromisse eingehen, Wahlen und Mehrheiten gewinnen. Im Auftreten zählt das Selbstvertrauen – und manchmal auch die vorgespülte Allwissenheit. In der Wissenschaft hingegen hat Ideologie

nichts zu suchen. Urteile werden allein aufgrund von Fakten gefällt. Und Wahrheiten gelten erst dann als solche, wenn alle Zweifel ausgemerzt sind.

Gutzwiller stört sich schon lange an der politischen Passivität seiner Kolleginnen. «Wenn Sie nach Ihren ersten hundert publizierten Papers sehen, dass es wohl doch nichts mehr wird mit dem Nobelpreis, dann gehen Sie doch wie ich in die Politik!», rief er ihnen 2014 an einem Vortrag zu. «Die Stimme der Wissenschaft muss mehr Gehör finden.»

Doch das Parlament unternimmt wenig, um Forscher anzuziehen. Ende Februar entschied die Wirtschaftskommission des Nationalrats, dass sich die wissenschaftliche Covid-Taskforce nicht mehr öffentlich zu den Massnahmen äussern dürfe. Die Begründung: Die Auftritte der Expertengruppe stifteten Verwirrung.

Zwar verwarf der Nationalrat am Montag den «Maulkorb», aber deutlicher hätte die Ansage nicht sein können: Ihr berätet, wir entscheiden. Basta.

Sollen Wissenschaftlerinnen also schweigen, wenn ihnen politische Entscheide Sorge bereiten oder wissenschaftliche Fakten offensichtlich ignoriert werden?

Nein, sagt der ETH-Klimawissenschaftler Reto Knutti. Er kommentiert die Schweizer Klimapolitik seit Jahren in den Medien – zeitweise so oft, dass er kaum mehr zum Forschen kam. Aus seiner Sicht wird die Rolle der Forschung häufig auf das Liefern von Zahlen, Fakten und einfachen Lösungen reduziert.

Für ihn ist klar, dass es nicht nur Aufgabe der Forschung ist, Daten zu produzieren, sondern diese auch einzuordnen und die Konsequenzen möglicher Entscheidungen zu diskutieren. Und das funktioniere nur, unterstreichen auch Salathé und Gutzwiller, wenn sich die Wissenschaftlerinnen aktiv in den Diskurs einmischen würden.

Aber nur weil Wissenschaftler sich in die Debatte einbringen, heisst das noch lange nicht, dass Politikerinnen ihre Entscheidungen deswegen stärker auf wissenschaftliche Evidenz abstützen. Dafür braucht es eine neue Strategie. Eine, die nicht nur aufs Einbringen setzt. Sondern auch aufs Zuhören.

Wie man Politikerinnen zum Zuhören bringt

In keinem anderen Land sind so viele Kinder fettleibig wie in den USA. Ein Fünftel ist übergewichtig – Tendenz steigend. Für die öffentliche Gesundheit ist das eine Katastrophe: Die Kinder erkranken öfter und leiden vermehrt an Angststörungen und Depressionen. Manche sprechen von einer Epidemie. Trotzdem weigerte sich die US-Politik lange, etwas zu unternehmen. Sie ignorierte Warnungen aus der Wissenschaft.

Der Psychologieprofessor Kelly Brownell schaffte es als einer der wenigen, das zu ändern. In den 1990er-Jahren setzte er die Soda-Steuer auf die Agenda der Politik. Mittlerweile haben diverse US-Bundesstaaten und mehr als 50 Länder eine Abgabe auf überzuckerte Süssgetränke eingeführt. 2006 wurde Brownell vom «Time»-Magazin zu den weltweit hundert einflussreichsten Persönlichkeiten ernannt.

Wieso hören ihm Politikerinnen zu?

Klingt kitschig, ist aber wahr: Weil er auch ihnen zuhört.

Arnold Schwarzenegger, der damalige Gouverneur von Kalifornien, verabschiedete 2008 ein Gesetz, das alle grossen Fast-Food-Ketten verpflichtete, ihre Speisekarten mit Kalorienangaben zu ergänzen. Kunden sollten wissen, wie viel sie in sich reinstopfen, argumentierten die Gesundheitspolitikerinnen. Sichtbarkeit soll zu einem bewussteren Konsum führen – wie bei den Horrorbildern auf Zigarettenpackungen.

Eine vielversprechende Idee, mit einer klaffenden Lücke: Das kalifornische Gesetz verpflichtete die Restaurants nur im Innenbereich dazu, Kalorien zu deklarieren – die Drive-ins waren von der offenen Deklaration ausgenommen.

Dem Psychologieprofessor Brownell kam das zu Ohren. Er strich ein paar Sitzungen aus seiner Agenda, fuhr über Mittag zum nächsten McDonald's und zählte, wie viele Personen sich im Lokal verpflegten und wie viele Kunden ihre Bestellung am Drive-in-Fenster aufgaben. Seine These: Die allermeisten Personen essen ihre Burger, Pommes, Chicken-Nuggets im Auto.

«Das war keine hohe Wissenschaft», sagt Brownell im Gespräch mit der Republik. «Aber ich habe nach den paar wenigen Stunden mit Stift und Klemmbrett vor dem McDonald's erkannt, dass die neue Regulierung vermutlich für die Katz sein würde.»

Brownell lancierte mit seinen Studentinnen eine repräsentative Untersuchung. Sie zählten das Verhalten von viel mehr Kunden in unterschiedlichen Restaurants und zu verschiedenen Tageszeiten. Sein Team publizierte die Ergebnisse, die sich kaum vom ersten Klemmbrett-Eindruck unterschieden, und spielte sie den Gesundheitspolitikern im kalifornischen Parlament zu. Als die Politikerinnen erneut über das Gesetz abstimmten, verzichteten sie auf die Ausnahme – auch Drive-in-Fenster mussten künftig Kalorien deklarieren.

«Wir schauten hin, wir holten uns die Daten, und wir spielten sie zurück an die Entscheidungsträger», sagt Brownell. Seine simple und schnelle Studie hatte eine enorme Wirkung: 2010 übernahm der damalige US-Präsident Barack Obama die kalifornische Gesetzgebung. Heute drucken alle grossen amerikanischen Ketten die Kalorien auf ihre Menükarten – im Lokal und beim Drive-in.

Brownell sagt, er habe immer gewollt, dass seine Forschung einen Unterschied mache – auch in der Gesellschaft. Viele Wissenschaftlerinnen gingen davon aus, dass sich die Politik sowieso nicht für ihre Ergebnisse interessiere. Das stimme aber nicht.

«Wissenschaftler müssen besser zuhören – und besser mit den Politikerinnen kommunizieren», sagt er. «Einerseits, damit die Akademiker verstehen, welche Fragen die Politiker und Behörden beschäftigen. Und andererseits, um die Antworten darauf besser zu vermitteln.»

Akademische Arbeiten erlangen dann Aufmerksamkeit, wenn andere Wissenschaftlerinnen sie häufig zitieren. Eine neue Forschungsfrage ist häufig der nächste logische Schritt nach der vorhergehenden Studie – nicht ein dringliches öffentliches Anliegen. Heute würden Wissenschaftler bei der Wahl ihrer Forschungsfragen zu selten auf die *real world* schauen, sagt Brownell. «Stattdessen schauen sie aufeinander.»

Brownell hat in seiner langen Forschungskarriere viel darüber nachgedacht, wie Wissenschaftlerinnen ihre Arbeit in die Politik einbringen können. 2015 arbeitete er gemeinsam mit einer Kollegin eine Methode für

«strategische Wissenschaft» aus. Sie fordern darin, dass Wissenschaftlerinnen ihre Forschung viel bewusster an konkreten öffentlichen Anwendungen ausrichten sollten – so, wie es Brownell mit seiner Drive-in-Studie getan hat.

Ausserdem müssten Forschungsergebnisse viel aktiver kommuniziert werden, damit Behörden und Politiker ihre Defizite erkennen, fordern die beiden Autoren. Es reicht nicht, Studien einfach in Fachpublikationen und Büchern zu vergraben, sondern man müsse sie den Politikern regelrecht vor den Kopf nageln. Hätten Brownell und sein Team die Resultate ihrer Drive-in-Studie in einen Policy Brief gegossen und auf einer Webseite deponiert: Die US-Gesetzgebung zu den Kalorienangaben wäre heute wohl eine andere.

In der Schweiz fehlt es in der Pandemie immer wieder an den Informationen, die für ein effektives Krisenmanagement nötig wären. Zum Beispiel weiss man nach wie vor bei jeder zweiten bestätigten Infektion nicht, wo sich die Person angesteckt hat. Es ist auch weiterhin unklar, wie man Schulkinder am besten schützt. Die Ansicht, Kinder trügen kaum zur Verbreitung des Coronavirus bei, hielt sich auch darum so lange, weil sich die Öffentlichkeit bis im Spätherbst mehrheitlich auf Resultate aus dem Frühling 2020 stützte.

Die Science-Taskforce des Bundes empfahl zwar in einem Policy Brief Ende Oktober mehr Testen und mehr Contact-Tracing, um die zweite Ansteckungswelle zu bekämpfen. Aber es fehlt auch an gezielten wissenschaftlichen Experimenten, die solche Fragen untersuchen: damit Politikerinnen ihre Massnahmen gegen die Pandemie gezielt ausrichten können.

«Zuhören ist keine Einbahnstrasse», sagt der Psychologieprofessor Kelly Brownell. Sein Engagement zeigt: Forscher, die sich für Fragen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung interessieren, finden bei den Politikerinnen auch Gehör – damit sie verstanden werden, müssen sie aber auch deren Sprache lernen.

Wie Forscherinnen und Politiker zusammenkommen

Beim Zusammenspiel zwischen der Wissenschaft und der Politik verhält es sich wie bei einem Stafettenlauf. Selbst das Team mit den schnellsten Sprintern verliert das Rennen, wenn es die Stabsübergabe vermasselt.

In der Pandemie haben Epidemiologen, Ökonominnen und Sozialwissenschaftler rund achtzig Policy Briefs geschrieben, auf die sich die Regierung bei ihren Entscheiden stützen könnte. Doch deren Wirkung verpuffte oft. Der Stab fiel bei der Übergabe ins Gras.

Und dies, obwohl einige Wissenschaftler im vergangenen Jahr sehr früh losrannten. Im Januar und Februar schon warnte der Epidemiologe Christian Althaus das Bundesamt für Gesundheit, per Telefon und per E-Mail – beim Bundesrat in einem Brief, den er zusammen mit Marcel Salathé und weiteren Epidemiologinnen verfasst hatte.

Die wissenschaftliche Taskforce des Bundes existiert, weil Wissenschaftler die Politik und die Behörden unterstützen wollten. Doch obwohl die Forscherinnen das Unglück früh witterten, kamen die wichtigen Entscheide oft viel zu spät.

«Recht zu haben alleine, reicht leider nicht, um in der Politik etwas zu bewirken», sagt der Biostatistiker Servan Grüninger. Das 30-jährige CVP-Mit-

glied engagiert sich in zahlreichen politischen Organisationen. Vor sieben Jahren gründete er Reatch, einen Verein, der Wissenschaft, Politik und Gesellschaft näher zusammenbringen will.

Viele Forscher hätten eine sehr naive Vorstellung von der Politik, sagt er. Manche von ihnen klagten, es fehle den Entscheidungsträgerinnen an Verständnis für die Evidenz oder sie sei ihnen schlicht egal – und deshalb trafen sie die falschen Entscheidungen. Doch die Sache sei komplizierter: «Allzu oft übersehen Wissenschaftler, dass ihre Evidenz nur als eine von vielen Abwägungen in politische Entscheide einfließt – neben ethischen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekten.»

Grüniger ist überzeugt, dass Wissenschaftlerinnen lernen müssen, wie politische Entscheide fallen. Sein Verein hat deshalb letzte Woche das Franxini-Projekt lanciert, das Wissenschaftlerinnen auf die Politik vorbereiten und sie mit den Entscheidungsträgern vernetzen will; Forscherinnen sollen Staatsbürger werden, die ihr eigenes politisches Handeln als solches erkennen und selbstkritisch reflektieren.

«Wir möchten Wanderer zwischen den beiden Welten schaffen», sagt Franxini-Projektleiterin Anna Krebs. Forscherinnen sollen mehr Gehör bekommen – besonders dort, wo unterschiedliche politische Interessen aufeinanderprallen und wissenschaftliche Erkenntnisse oft ignoriert oder heruntergespielt würden.

Erika von Schneidmesser findet das eine vielversprechende Idee. Sie erforscht in Potsdam städtische Luftverschmutzung, arbeitet eng mit den Behörden zusammen und hat die Stabsübergabe zwischen politischen und wissenschaftlichen Akteuren in den USA und in Grossbritannien trainiert – unter anderem dank speziellen Förderprogrammen.

«Warum soll eine Person auf mich hören, wenn sie mich gar nicht kennt?», fragt sie. Es brauche Vertrauen zwischen den Behörden, Politikerinnen und Forschern – ansonsten gehe kaum etwas. Aber Vertrauen brauche Zeit und Geduld. Sobald eine Verbindung bestehe, würden Politikerinnen in einer Krise den Telefonhörer auch eher ab- und dann die Empfehlungen bereitwilliger annehmen.

Je länger Schneidmesser mit Politikern kooperiert, desto häufiger klopfen diese auch bei ihr an.

Aber damit Kooperation entsteht, müssen sich Wissenschaftlerinnen stärker mit der Politik austauschen. Und dafür braucht es neue Anreize. Denn heute werden Forscher honoriert, wenn sie Papers in prestigeträchtigen Zeitschriften publizieren. Und Anerkennung führt im besten Fall zu einer Stelle, mit der sie ihren Lebensunterhalt langfristig finanzieren können. Erwartet man nun von ihnen, dass sie ihre Zeit stärker für die Gemeinschaft einsetzen, muss man ihnen auch zeigen, wie das geht. Und sie dafür belohnen.

Dazu gibt es in der Schweiz zaghafte Ansätze: Der Nationalfonds spricht Gelder für Projekte im Bereich der Wissenschaftskommunikation. Eine Stiftung vergibt Politikstipendien für Forscher, die ein Jahr lang im Bundeshaus arbeiten möchten. Aber das alleine reicht noch nicht.

Man müsse das Zusammenarbeiten bewusster einüben, sagt der Mediziner und Ex-Parlamentarier Felix Gutzwiller. Und das erfordere die richtigen Strukturen: «In einer Krise kann man nicht plötzlich eine Taskforce aus dem Boden stampfen und erwarten, dass die Kooperation sofort funktioniert.»

Zwar gibt es in Bern ausserparlamentarische Kommissionen, die oft an Bundesämter angegliedert und mit Wissenschaftlern besetzt sind, doch deren Einfluss ist äusserst beschränkt. Bezeichnenderweise tauchte die Kommission für Pandemievorbereitung und -bewältigung in den vergangenen Monaten gänzlich ab.

Damit die Kooperation in einer Krise funktioniert, braucht es unabhängige, aber an den Staat angebundene Institutionen, die wissenschaftliche Erkenntnisse in die politischen Prozesse einspeisen – und umgekehrt offene Fragen an die Forscherinnen weiterleiten. Eine solche Institution ist zum Beispiel der Weltklimarat. Er versorgt die Gesetzgeber mit dem aktuellen Wissensstand zum Klimawandel, weist auf Risiken hin und schlägt Lösungen vor.

Im vergangenen Jahr hätte sich eine vergleichbare Schnittstelle zum Beispiel darum kümmern können, dass die Contact-Tracer schweizweit auch Daten für die Wissenschaftler erheben. Mehr Informationen hätte es ihnen erlaubt, den Verlauf der Pandemie präziser einzuschätzen – und den Politikerinnen wiederum zielgerichteteres Handeln.

Eine 2019 publizierte Studie hat in über 2000 brasilianischen Gemeinden untersucht, ob Bürgermeisterinnen ihre wirtschaftspolitischen Entscheidungen anpassen, wenn man sie ausreichend mit wissenschaftlichen Grundlagen versorgt. Das Ergebnis: Nicht alle, aber eine bedeutende Gruppe von Entscheidungsträgern revidierte ihre Politik.

Die Ignoranz von Behörden und Politik gegenüber wissenschaftlichen Erkenntnissen ist kein Naturgesetz.

Trainingsplan zur Bewältigung der Krise

In der Pandemie verfolgten Wissenschaftlerinnen und Politiker alle dasselbe Ziel: Menschenleben retten. Und trotzdem eskalierte die Kooperation in der öffentlichen Wahrnehmung im Streit. Wer hat nun noch Lust auf die gemeinsame Stafette?

Politikerinnen wollen den Wissenschaftlern den Mund verbieten, und diese wenden sich ab. Dahinter stecken viel Frust und Enttäuschung – möglicherweise entstanden durch ganz viele Missverständnisse, die es nun an die Oberfläche spült. Und Missverständnisse verursachen oft mehr Irrungen in der Welt als List und Bosheit, wie Goethe einst sagte.

Alle Wissenschaftlerinnen und Politiker, mit denen die Republik gesprochen hat, sind sich in einer Frage einig: Genauso wie eine Stafette nur gewonnen werden kann, wenn vorher geübt wurde, lässt sich eine Krise nur bewältigen, wenn man sich intensiv darauf vorbereitet hat. Und damit sich die Fehler in der nächsten Krise nicht wiederholen, braucht es einen Trainingsplan.

Gehen wir dafür also zurück in die Zukunft, zurück zur Zombie-Apokalypse im Jahr 2031: Was muss bis dahin geschehen, damit wir die mutierten Murmeltiere unter Kontrolle kriegen?

- In den Parlamenten und Behörden braucht es mehr Wissenschaftlerinnen.
- Sitzen Wissenschaftler nicht selber in der Politik, sollten sie bis dahin verstanden haben, wie dieses System funktioniert – und Politikerinnen sollten umgekehrt gelernt haben, wie Forscher arbeiten, denken und kommunizieren.

- Es braucht Schnittstellen, die dafür sorgen, dass unabhängige Forschungsergebnisse den Weg in die politische Debatte finden.
- Es braucht Netzwerke und Programme, die Wissenschaftlerinnen und Politiker zusammenschweissen.
- Wissenschaftler sollten ihre Forschung öfter an den gesellschaftlichen Interessen ausrichten – besonders in Krisen. Dafür müssen sie wissen, wer was will und braucht.

In der besten aller möglichen Welten machen sich die Wissenschaftlerinnen sofort an die Arbeit, sobald die Murmeltiere durchdrehen. Ein mutiger Forstwart hat eines der Tiere erwischt und in einen Käfig gesperrt. Virologen nehmen Blut- und Zellproben. Medizinerinnen untersuchen die komatösen Patienten. Pharmazeuten forschen an heilenden Medikamenten.

Die Epidemiologen und Biologinnen kontaktieren ihre Kolleginnen beim Bundesamt für Gesundheit – die strategische Forschung von Brownell im Hinterkopf. Die Behörden haben als Notfallbremse eine Ausgangssperre in allen Alpenregionen verhängt, würden aber gerne differenzierter vorgehen. Niemand will die Bevölkerung unnötig einsperren. Wüten die Zombie-Murmeltiere tatsächlich im gesamten Gebiet? Wie gefährlich sind sie wirklich? Beissen sie auch Kinder?

Die ersten Daten, die Epidemiologen zur Verfügung stehen, suggerieren: Vielleicht ist die Bevölkerung unterhalb von 1000 Metern sicher. Zusammen mit Kolleginnen aus der Biologie planen sie eine breit angelegte Studie, um die Hypothese zu überprüfen – immer im Austausch mit den Behörden. Zum Glück hat das Bundesamt nach der Corona-Pandemie genau für solche Fälle immer wieder regelmässige Treffen zwischen Amtschefinnen und Wissenschaftlern eingeführt. Man kennt sich.

Im Parlament ergreift eine Nationalrätin das Wort. Sie ist selber Virologin und hat geholfen, in der Kommission ein Gesetz auszuarbeiten, das rasche Antworten auf das neuartige Phänomen ermöglichen soll. Am Mittag hat ihre Fraktion drei führende Wissenschaftler eingeladen, die alle an den Murmeltieren forschen. Sie präsentierten ihre neusten Ergebnisse. Erste Resultate zeigen, das ein neu entwickeltes Gift die Ausbreitung der Tiere verzögert.

Am Abend tritt die Nationalrätin im Fernsehen auf. Sie kann sich einerseits mit ihrer wissenschaftlichen Expertise einbringen. Andererseits dem Ständerat rhetorisch geschickt widersprechen, der immer wieder in die Kamera brüllt, das sei doch alles nur Panikmache.

«Stellt euch vor, wir hätten vor 10 Jahren keine Pandemie gehabt», protestet die Nationalrätin später beim Bier ihren Kollegen zu und lacht. «Was wäre das heute für ein gewaltiges Chaos.»